

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die "Volkstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. F. Franck & Co., Magdeburg. Gr. Blattzeit. 3. Gewerkschaftsblätter: Inserate 15 Pf., Redaktion 17 Pf., Verlag und Druckerei 961. — Zeitungsbreitsseite Seite 411. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Aufstellung 2.25 M., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierfach 2 M., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 M. ohne Betriebsgeb. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühr: die gesetzliche Kolonialzeit 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Postamtteil Zeile 1 M. Postcheckkonto: Nr. 5258 Berlin. Einwiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 82.

Magdeburg, Dienstag den 7. April 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“.

Politische Gewerkschaften.

Eine der kompliziertesten Fragen der Gegenwart ist durch einen Regow-Erlaß vom 1. April in höchst einfacher Weise geregelt worden. Seit Jahrzehnten streitet man innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung über das Verhältnis der Gewerkschaften zur politischen Partei. Als die Gewerkschaften in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, getrennt von der Partei und nicht ohne gelegentliche Konflikte mit ihr einen überwachenden Ausschung zu nehmen begannen, da prophezeiten bürgerliche Nationalökonomie die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, und selbst in der Regierungspolitik machten sich gelegentliche Ansätze bemerkbar, das Gewerkschaftswesen — wie man damals meinte, auf Kosten der Partei — zu fördern. Diese im Sinne der Gegner sehr hoffnungsvollen Entwicklungstendenzen wurden aber durch die Einbringung des Buchthausgesetzes jählings unterbrochen, und die seitdem nie ruhende Kette gegen das Koalitionsrecht hat das übrige getan, beide Zweige der Arbeiterbewegung zu einer festen Abwehrgemeinschaft zusammenzuschließen. Dieses für die Sozialdemokratie höchst erwünschte Ergebnis wird jetzt durch den bereits veröffentlichten Ärgerlaß des Berliner Polizeipräsidienten gefestigt; ein letzter unzerbrechlicher Keim wird um Partei und Gewerkschaft geschmiedet.

Herr von Jagow hat durch diesen Erlaß die Absicht zu erkennen gegeben, die Gewerkschaften fortan als politische Vereine zu behandeln. Als solche sollen sie sich gemäß dem liberalen Reichsvereinsgebot von 1908 einer besonderen polizeilichen Fürsorge zu erfreuen haben. Die Vereinssatzungen sind einzureichen, Namen, Stand und Wohnung der Vorstandsmitglieder sind der Polizeibehörde bekanntzugeben. Tritt das Oberverwaltungsgericht der polizeilichen Entscheidung bei, dann werden die Gewerkschaften in Berlin und anderwärts vor den sozialdemokratischen Wahlvereinen nichts mehr voraus haben; sie werden genau den gleichen polizeilichen Schikanen ausgesetzt sein. Das System von Zuckerbrot und Peitsche ist damit endgültig aufgegeben, es gibt in Zukunft nur noch die Peitsche.

Der Humor der Geschichte ist, daß diese entscheidende Wendung gerade auf Grund des liberalen Reichsvereinssatzes herbeigeführt werden soll. Denn gerade die Liberalen waren es, die seinerzeit auf die selbständige Entwicklung der Gewerkschaften die stärksten Hoffnungen legten. Ihr Ideal war der alte Typ der englischen Gewerksvereine, in denen es bei Strafe verboten war, politische Angelegenheiten zu erörtern. Während sich die englischen Gewerkschaften schon von der unhalbaren Ideologie eines politisch völlig geschlechtslosen Gewerkschaftslertzums abzumunden begannen, ichen sie immer noch in der unpolitischen Gewerkschaft die Reiterin des Bürgertums aus allen Revolutionsängsten. Und nun müssen sie es erleben, daß gerade auf Grund ihres Vereinssatzes von der Polizei defriktiert wird. Es gibt keine Neutralität! Partei und Gewerkschaft sind eins!

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften kein Mittel unterdrücken werden, um den gegen sie gerichteten Schlag abzuwenden. Es ist ebenso selbstverständlich, daß sie sich in die neu geschaffene Lage, sobald sie sich als vorläufig unveränderlich erweist, hineinfinden werden. Der blühende Fortschritt, dessen sich die sozialdemokratische Partei unter polizeilicher Obhut erfreuen darf, wird in ihnen jede Befürchtung zerstreuen, als ob ihnen durch Gesetzesparagraphen und Polizeiverfügungen der Lebensraum abgeschnitten werden könnte. Ihren etwaigen Absichten, stärker und entschiedener als bisher zu den politischen Räumen der Gegenwart Stellung zu nehmen, wird aber dann auch nicht mehr die Rückfahrt auf geistliche Benachteiligungen entgegenstehen, die ihnen aus solcher Parteinahaben erwachsen könnten. Wer einmal ins Wasser geworfen ist, braucht sich vor dem Räzwerden nicht mehr zu fürchten.

Die notwendige Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft wird aber gleichwohl auch durch Polizeierlaß nicht gestört werden. Die Gewerkschaft wird auch in Zukunft eine Organisation bleiben, die den Befehl nicht vom Bekennnis zu bestimmten politischen Überzeugungen abhängig macht. Die stiftliche Pflicht der Solidarität, die Einsicht in die naheliegenden Vorteile, die die Organisation bietet, werden die stärksten Antriebe der gewerkschaftlichen Tätigkeit bleiben, wie die tiefere Erkenntnis in die Zusammenhänge des Klassenkampfs der Partei stets neue Anhänger werben wird. Für die Ausbreitung dieser tiefen Erkenntnis unter den gewerkschaftlich Organisierten zu wirken, damit jeder Gewerkschaftler

auch ein überzeugter Sozialdemokrat und organisierter Parteigenosse werde, wird nach der Erklärung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen unbedenklicher gestaltet sein als zuvor. So wird der Zwangserlaß gegen die Gewerkschaften zum Freibrief für die sozialdemokratische Propaganda.

Kommt aber einmal eine Stunde, in der es gilt, die großen Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse gegen den Widerstand der herrschenden Gewalten durchzusetzen, dann wird man die Gewerkschaften mit ihren starken Machtmitteln um so sicherer an der Seite der politischen Partei finden, je enger das Schicksal der beiden Organisationsformen miteinander verkettet ist. Wie einst das Sozialistengebot mit der Partei zugleich auch die Gewerkschaften zu zertrümmern suchte, so wird auch in Zukunft kein Streich gegen die Sozialdemokratie geführt werden, der nicht zugleich auch die Gewerkschaften trüge. Beide werden un trennbar auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sein.

Zudem die regierende Polizeiweisheit die Gewerkschaften in eine noch engere Gemeinschaft mit der Partei hineinterrorisiert, zieht sie allerdings nur das Fazit aus einer Entwicklung, die sich der Arbeiterbewegung von selber aufdrängt. Sie glaubt den Wagen aufzuhalten. In Wirklichkeit schiebt sie ihn vorwärts!

Das Testament der Kammer.

Die zehnte Legislaturperiode der dritten Republik ist beendet. Es war 2 Uhr morgens, als ihr der Präsident Deschanel die Grabrede hielt. Sämtliche regen äußerlichen Zeitumstände ließen auf die ungewöhnlichen Umstände hin, unter denen diese Legislaturperiode zu Ende ging.

Die sterbende Kammer hatte ein Urteil zu fällen in einem politisch-juristischen Skandal, der, wie Jaurès sagte, die aufgebrochene Eiterbeule eines Uebels ist, wovon die Politik, die Finanz und die Justiz besessen sind.

Was ist im Grunde der Skandal Rochele? Wir zitieren Jaurès selbst:

Eines Tages, kurz nach der Konstituierung des Ministeriums Monis, ist ein Journalist, Direktor einer der schlechtesten Zeitungen, die in dem Durcheinander der schlecht organisierten Parteien entvorgekommen sind und die mehr befähigt sind, diese zu sommottierten als ihnen zu dienen, eins der Häupter des Abenteuerjournalismus, in von Rochele, seinem Bekannten und Schütling, besucht worden. Und Rochele bat ihn gesagt: "Die Zeit eilt für mich. Die Stunde des endgültigen Urteils wird fallen. Sie haben politische Freunde, die an die Regierung kommen. Man muß sie für mich interessieren." Und der andre ist darauf eingegangen. Er ist einmal zu Herrn Caillaux, dreimal zu Herrn Monis gegangen. Er hat die Vergangen verlangt. Er ist dann nachprüfen gekommen, ob die Vergangen geahndet wird, und er hatte — das Land muß das wissen — eine ebene Grund geltend zu machen. Er konnte nicht mehr wie zu Beginn der Affäre Rochele sagen: "Eine andre Verteidigung gegen uns." Die Affäre war nach den irregulären Eingriffen in ihren normalen Gang zurückgeführt. Niemand verfolgte Rochele. Die Stunde der legalen Justice sollte eklagen. Die ergebnisvolle Verhandlungssitzung war erledigt. Der Beirat sollte dort seinen Richter ercheiden. Und da, in die Enge gerrieben, durch einen verdecklichen Effekt dieser Kollegialitäten und dieser Altenten, die Komplizen sind, hat er die Macht der Regierung in Bewegung gebracht. Es war eine demütige, eine schändliche Minute, als zwei Männer, die zwei der Reputat von Rochele nur getrennt waren durch die Scheidewand der Moral eines dem Schwund ergebenen Zeitungsdirektors, diesen Eingang in den normalen Gang der Justiz darin jedoch einer öffentlichen Geheimnis. Vor der ersten Untersuchung konstituierte sich der Präsident des Appellgerichtshofs, vor dem alle Freizeiten schwören müssen, die Wahrheit zu sagen, des zweiten neuen Gegenstoffs der Welt. Und Rochele ließ das gerichtet. Und der Generalsstaatsanwalt verfaßte für hinter das Amtsgeheimnis.

Bis denn der Skandal kam. Aber der Skandal war nicht, daß Caillaux und Monis in ein Gerichtsverfahren eingezogen waren. Der Skandal war, daß Caillaux und Monis einem Ministerium angehörten, das die Steuerreform durchführte und das die Kosten der Militärvorlage den Reichen aufzuladen wußte. Dieser Skandal, ein Skandal in den Augen der oberen Zentralbank, die mit Millionen Millionen eröffnet und durch die Preissteigerung von Millionen Millionen "machten", dieser Skandal hat den andern Skandal gerufen. Dern wäre Caillaux nicht der Minister der Steuerreform und der Vermögenssteuer gewesen, dann würde sein Hahn nach dem alten Schluß geträgt haben.

Und was nun? — Ein Teil unserer Genossen, die Rechte und das Zentrum wollten Caillaux, Monis, habe, Bidault, de l'Isle an den Obersten Gerichtshof, der vom Senat gebildet wird, verweisen. Die Frage ist jedoch, ob die Angeklagten als schuldig befunden worden wären. Haben sich die Minister einer Korruption schuldig gemacht und haben sich die Richter korrumptieren lassen?

Sicher nicht, denn weder die einen noch die andern waren persönlich interessiert. Der Freispruch wäre also wahrscheinlich unausbleiblich. Dieser Freispruch würde sich unausbleiblich in einen Triumph der angeklagten Minister verwandeln. Die Maschen der bürgerlichen Gesetzgebung sind eben so verstrickt, daß die Großen allein durchschlüpfen und die Kleinen hängenbleiben.

Welche Sanktion also? Wir zitieren hier wieder Jaurès: „Ah! Ich erkenne kaum mein altes idealistisches Frankreich, wenn ich sagen höre, daß diese politischen und moralischen Sanktionen nicht mehr zählen. Bilden Sie sich denn ein, daß, wenn Sie vor dem Lande mit einer immensen Mehrheit aus Ihrem Herzen und aus Ihrem Geist ein Verdikt der Verdammung gegen die Überflutung der Politik durch die Finanz und der Justiz durch die Politik geschöpft haben werden, daß Sie nicht die Fehler von gestern getroffen und denen von morgen vorgebaut haben werden?“

Ich bewundere, mit welcher Sorgfaltigkeit Sie den gegenwärtigen Ereignissen bewohnen! Gestalten Sie mir, die Männer einzurufen, mit denen meine bescheidenen Gedanken in Stunden einer Leberlegung sich beschäftigen. Wenn Leibniz, wenn Shakespeare hier wären, sie würden Ihnen sagen, die Ereignisse von gestern und von heute zeigend, die Dramen, die hervorgangenen sind aus der gemeinsamen Schuld, die blutigen Katastrophen, die Zusammenbrüche, der im vollen Aufschwung niedergefallene Schreiz: „Erkennt Ihr nicht die Fatalität, deren Interpreten wir waren?“

Unsre Genossen könnten mit Recht sich entrüstet, daß das Strafgesetzbuch totter Buchstabe bleibt, wenn es gilt, die Fehler oder Lebergriffe der Mächtigen zu strafen. Von der Reaktion war es aber nichts als ein heuchlerisches und läugnerisches Pharisäertum, sich über den Amtsmißbrauch der Caillaux und Monis, wie über ein unethisches Verbrechen zu entrüsten. Nie ist mehr Mißbrauch mit der Regierungs- und Amtsgewalt getrieben worden, als da diese Herrschaften am Ruder waren. Wir brauchen nur in die bestehenden Monarchien einen Blick zu werfen, um zu wissen, was genau von dieser Reaktion.

Aber war die Kammer nicht zur letzten Sitzung versammelt und sollte nicht die Brandstiel des Skandals in den Wahltakt geworfen werden? Und das war fähiglich der geheime Beweggrund der bürgerlichen Entrüstungsmacher. Aber die Kammer, trotz der überreizenden Ermüdung dieser langen Sitzungen, trotz der angefachten Leidenschaften des begonnenen Wahlkampfes, hat — und das muß zu ihrer Ehre konstatiert werden — sich nicht zu überreiten und folgeschweren Handlungen hinreisen lassen. Und diese würdevolle Haltung, an der alle Protagonistenversuche der Reaktion, des Zentrums und der Priardisten scheiterten, ist nicht zuletzt dem Genossen Jaurès zu danken.

Das Zentrum und die Rechte tun heute so, als hätten sie triumphiert, weil niemand Caillaux und Monis verteidigt hat, weil deren politische Rolle vielleicht für immer ausgespielt ist. Aber was die Reaktion eigentlich wollte, den Sturz des Ministeriums und mit ihm den Fall der demokratischen Steuerreformen und dann als unausbleibliche Folge ein neues Ministerium Barthou-Briand, das hat sie nicht erreicht. Ob sich ihre Hoffnungen realisieren werden, daß der Skandal die Radikalen eine erhebliche Anzahl Sitze kosten wird, werden die Wahlen vom 26. April zeigen.

Politische Übersicht.

Magdeburg, 6. April 1914.

Die Arbeiten des Reichstags.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer Wochenübersicht mit der Frage, ob die Reichstagsession geschlossen oder vertagt wird. Sie hebt hervor, daß der Reichstag vom 23. November 1913 bis zum 27. März 1914, dem Beginn der Osterferien, 69 Sitzungen abgehalten hat. Davon entfielen 48 Sitzungen auf den Stat, 11 auf die Beratung von andern Regierungsvorlagen, 7 auf Interpellationen, 2 auf Initiativansätze, 5 auf Petitionen. Aus der vorangegangenen Arbeitsperiode hatte der Reichstag neben einer Anzahl von Redenungen und Berichten acht Gesetzentwürfe übernommen, von denen bis jetzt zwei erledigt sind. Seit der Beratung am 30. Juni 1913 bis zu den Osterferien wurden 21 Gesetzentwürfe eingebracht und davon sieben erledigt. In bezug auf den Abschluß der Reichstagsarbeiten im Sommer riet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Im vorliegenden Falle wird der Reichskanzler, wie wir glauben, die Entscheidung des Kaisers erst herbeiführen, wenn für das Ergebnis der Reichstagsabhandlungen genauer übersehen läßt. Darüber, was in diesem Rechte nach Lüttich noch erledigt werden soll, wird sich hoffentlich eine Einigung zwischen der Regierung und den Vertretern erzielen lassen. Findet dann noch der Appell an die Selbstbeschränkung in den Debatten Gebot, so wird der Reichstag nicht ungebührlich lange auf den Beginn der Sommerpause zu warten brauchen.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 82.

Magdeburg, Dienstag den 7. April 1914.

25. Jahrgang.

Teurung und Löhne.

Die Preisentwicklung der Lebensmittel in Deutschland zeigt mehrere deutlich voneinander verschiedene Perioden. Am größten war die Steigerung der Preise beim Fleische. Sie geht ohne Unterbrechung von 1821 bis heute vor sich. Nur ist die Schnelligkeit der Zunahme in den einzelnen Zeiträumen verschieden. 1821 bis 1825 kostete Schweinefleisch ein Drittel von dem, was heute dafür bezahlt wird, ums Jahr 1860 etwa die Hälfte. Seit Ende der 90er Jahre ist der Preis um gut ein Viertel des damaligen Preises in die Höhe gegangen. Beim Brotgetreide Roggen und Weizen gab es eine Periode, wo die Konkurrenz von Nord- und Südamerika die Preise fallen ließ. Es war dies die Zeit von 1872 bis 1895. Doch dann hört die Bewegung auf, und wir haben heute fast dieselben Preise wie in den allerhöchsten Jahren des verlorenen Jahrhunderts. Besonders arg ist die Zeit seit 1905 gewesen, die immer neue Preissteigerungen gebracht hat. Gegenüber dem Rekordjahr an Teurung, nämlich 1912, sind die Preise heute nur um ganz geringe Beträge herabgegangen. Unter diesen Umständen erhebt sich die bange Frage: Haben die Lohn erhöhungen diese Preissteigerungen wettmachen können? Jeder Familienbauer wird ja aus der eignen Erfahrung eine Antwort darauf geben können. Gegenüber den Schönfärbereien und Abteigungsversuchen der Scharmacher ist es wichtig zu hören, was ein unbekannter bürgerlicher Gelehrter, Herr Dr. C. von Thizka, in seinem soeben erschienenen Buche „Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert“ feststellt. Er vergleicht bei verschiedenen Berufen die Entwicklung des Lohnes und der Preise und berechnet daraus, wie sich die Kraft der tatsächlich gezahlten Löhne entwickelt hat.

Nehmen wir zunächst die Buchdrucker, welche über die stärkste und reichste gewerkschaftliche Organisation verfügen. Sehen wir die Kaufkraft des tariflichen Minimallohns gegenüber Brot, Fleisch, (Kunst-) Butter usw. in München für die Jahre 1896 bis 1900 = 100, so geben die folgenden Zahlen an, um wieviel Hundertteile (oder Prozent) die Kaufkraft (oder der Reallohn) zu- oder abgenommen hat. Es betrug die Kaufkraft im Verhältnis zur Zeit 1896 bis 1900 in den Jahren:

1902—1906	107,0, also Zunahme 7,0 Prozent
1906—1910	111,9, " 11,9 "
1909—1911	99,5, " Abnahme 0,5 "

Also zuerst hat sich die Lebenshaltung der Münchner Buchdrucker verbessert, dann ist sie durch die Teurung auf den alten Stand zurückgeworfen worden; nimmt man zu den Kosten der Lebensmittel noch die Mietsteigerung hinzu, so lautet die letzte Zahl 96,5, also die Lebenshaltung hat sich in den letzten Jahren entschieden verschlechtert, sie bleibt um 3,5 Hundertteile gegen den Stand von 1900 zurück.

Die Buchdrucker im ganzen Deutschen Reich haben sicher die niederrückende Tendenz der Teurung schon deutlich früher erfahren. In München ist nämlich im Jahr für 1901 bis 1905 kaum eine nennenswerte Vertreibung eingetreten, während in Preußen-Norddeutschland die Kosten schon stark stiegen. Auch in den nächsten Jahren sind die Preise in München günstiger. Erst 1910 und 1911 tritt die Teurung auch dort in volle Erscheinung.

Noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis in einem Beruf, wo ein nennenswerter Bruchteil der Arbeiter noch den christlichen Organisationszentralklasse nachlässt: wir meinen die Bergarbeiter des Ruhrgebietes. Das Resultat, zu dem Thizka kommt, ist gegenüber der Wirklichkeit noch zu günstig, weil Thizka mit den Lohnstatistiken der Beschenkerreihen rechnet, die immer idyllisch sind. Die Bergarbeiterlöhne haben gegenüber der Zeit 1896 bis 1900, nominell in Geld ausgedrückt, zugenommen. In der Hochkonjunktur 1906 waren sie um 16 Prozent, in der Hochkonjunktur 1912 um 17 Prozent höher. Und trotzdem haben diese Steigerungen nicht im entferntesten die Teurung ausgeglichen. Selbst mit den Löhnen des guten Monats des Jahres 1912 konnte der Bergmann für seine Familie nur rund vier Fünftel der Menge Essen, Trinken und Kleidern kaufen, die er bei niedrigerem Lohn in dem Jahr für 1896 bis 1900 haben konnte. Daß ein ganzes Fünftel aller der Dinge, die sich die Bergleute früher haben kaufen können, hat ihnen nach Thizka die Teurung abgezeigt. Unterdes hat die Krise die Bergarbeiterlöhne noch elend heruntergedrückt. Sind doch im letzten Vierteljahr 1913 7 Millionen Mark Bergarbeiterlöhne weniger ausgeschüttet worden als im Quartal vorher, trotzdem die Zahl der Arbeiter gestiegen war. Der Vierteljahrslohn ist nun nicht weniger als 28 Mark auf den Kopf zurückgegangen.

Deshalb kann man sagen, jede Lohntendenz, die heute irgendwo in Deutschland erhoben wird, ist ohne weiteres bestätigt, nein, dringend notwendig, um den Rückgang der Familien der Arbeiter zu stoppen einzuhören. Soll es in diesen harten Zeiten vorwärtsgehen, so muß die Arbeiterschaft mit verzweigter Kraft und Opferwilligkeit hinter ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen stehen. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Förmer und Bierkefirbeiter! Bei der Firma Schmitz in Grasdorf (Böhmen) werden die Förmer und Bierkefirbeiter wegen Ablösungen. Die Firma versucht Arbeitswillige zu beschaffen und bedient sich dabei der Rechtsauskünfte Rosenberg

(Berlin, Pappelallee), die Arbeitswillige angeblich für München anwirbt, in Wirklichkeit aber nach Freising vermittelt. —

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Die unter den Brauereiarbeitern vorgenommene Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung der von den Brauereibesitzern gemachten Zugeständnisse hat folgendes Resultat ergeben: Von den in Ringbrauereien beschäftigten Arbeitern wurden 4747 Stimmen abgegeben, davon 2091 für und 2656 gegen die Annahme. An der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung fehlten 510 Stimmen. Von den Arbeitern in den ringfreien Brauereien wurden 1251 Stimmen abgegeben, davon 135 für und 1116 gegen die Annahme. Hier ist die Zweidrittelmajorität für die Ablehnung reichlich vorhanden. Insgesamt fehlen aber an der Zweidrittelmajorität für die Ablehnung 228 Stimmen. Die Lohnkommission wird mit den Vertrauensleuten nun zunächst über die weiteren Maßnahmen beraten. —

Große Lohnkämpfe in der Steinindustrie. Die Lohnbewegung der Sandsteinmeilen in Niedersachsen erstickt sich auf die Orte Bunzlau, Höxter, Radevormwald, Witten, Hückelhoven, Mülheim und Würselen. Der Tariflohn ist schon seit einigen Jahren nicht mehr erhöht worden. Die Unternehmer — es handelt sich nicht um Berliner Steinmeilemeister — lehnen jede Zulage ab; sie stellen das Ultimatum; wenn ab 1. April der bisherige Tarif nicht weiter anerkannt wird, daß dann die Steinmeilen und Brecher entlassen werden. Es handelt sich also um eine regelrechte Auskündigung, von der rund 500 Arbeiter betroffen sind. — In Roth am Sand stellen die Granitsteinmeilen und Schleifer die Arbeit ein. Sie verlangen, daß die außerordentlich geringen Löhne um eine Kleinigkeit aufgehoben werden sollen. Die Schleiferbesitzer lehnen jedes Zugeständnis rundweg ab. — Im Berliner Steinmeilewerk wurde 200 Steinmeilen ausgesetzt, daraufhin legten weiter gegen 300 Betriebsgenossen die Arbeit nieder. Die Unternehmer wollten eine allgemeine Aussöhnung der Freiheit, was ihnen aber nicht gelungen ist. Die Mühsamkeiten der Herrn, Arbeitswillige anzuwerben, sind ergebnislos, weil eben ungeliebte Arbeiter zu Steinmeilearbeiten nicht zu verwenden sind. Es wird erwartet, die von den Unternehmern in die Steinbrüche entstandenen Verbauposten abzuweisen. —

Die Metallarbeiter auf der Werft der Luftfahrzeuggesellschaft in Bitterfeld sind am 1. April in den Streit getreten. Die Werftleitung mahnte die Arbeiterausschuß-Mitglieder, weil sie im Auftrag der Arbeiter die Unterlassung der Schikanierungen verlangten. Auch mahnte sie jeden weiteren Arbeiter, der die Zurücknahme der Maßregelungen bei der Leitung verlangte. Von den nicht entlassenen Arbeitern wurden Unterlassungen verlangt, um die gewünschten Arbeiter zu erzielen. Das Verlangen lehnten die Arbeiter mit dem Erfolg ab, daß auch sie entlassen wurden. Die Zahl der Ausständigen beträgt 9 Personen. Metallarbeiter können darum keine Arbeit in Bitterfeld annehmen. —

Steinarbeiter, Ebendorf! Trotzdem die Arbeiter, um den Frieden zu halten, ihre Forderungen auf ein Minimum reduziert haben, waren die Verhandlungen auch auf dieser Basis ergebnislos. Der Kampf scheint unvermeidlich, wir ersuchen nochmals, Bzug streng fernzuhalten. —

Christlicher Terrorismus beim Kirchenbau. Im Sommer vorigen Jahres wurden freiorganisierte Bauarbeiter, die auf Kirchenbauten in den Köln-Vororten Ehrenfeld und Kippe beschäftigt waren, kurzerhand von den Unternehmern wegen ihrer Zugehörigkeit zur freien Organisation entlassen. Die Unternehmer begründeten dies damit, daß von gewisser Seite ein Druck ausgeübt worden sei. Als der Deutsche Bauarbeiterverband auf Grund des Tarifvertrags Einspruch erhob, legten die Unternehmer vor den Schlichtungsinstanzen dar, daß sie häufig gezwungen würden, bei derartigen Arbeiten Verträge einzugeben, monatlich Mitglieder des freien Verbandes nicht beschäftigen werden dürfen. In jenen Fällen habe das der Kirchenvorstand als Baubehör verlangt. Am 5. März beschäftigte sich das Hauptamt für das Baugewerbe in Berlin mit dem Fall und entchied, daß die Entlassung der Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes tatsächlich erfolgt sei. Dieser klaren Entscheidung zum Trotze werden aber weiter in Köln derartige Verträge abgeschlossen. Bei dem Kirchenbau in Köln-Zollstock, den die Firma Henn ausführt, werden alle freiorganisierten ohne weiteres zurückgestellt, während Christliche angenommen werden. Als es nun in jüngster Zeit dennoch einige freiorganisierte Hilfsarbeiter gelang, Arbeit zu bekommen, verlangte der christliche Baudirektor von ihnen kategorisch den Übertritt zur christlichen Organisation; wenn sie das nicht tun würden, blieben sie keine 3 Stunden am Bau. Unter diesem Zwange sind auch tatsächlich einige Hilfsarbeiter zu den Christlichen übergetreten; einem andern wurde das Mitgliedschaftsrecht des Deutschen Bauarbeiterverbandes trotz jenes ausdrücklichen Verlangens nicht wieder zurückgegeben. Man stellte ihm dafür das Buch des christlichen Verbands zu. Als sich in der vorigen Woche ein Bauarbeiter, der 8 Jahre dem Bauarbeiterverband angehört, auf wiederholtes Drängen des christlichen Baudirektors nicht zum Übertritt bereit erklärte, drohte dieser mit einer allgemeinen Arbeitsentziehung. Man sieht, daß die Christen wahrscheinlich keine Befreiung haben, sich über „roten Terrorimus“ zu beschweren; wo sie die Macht haben, da geben sie in viel rücksichtloser Weise vor. —

Aus der Parteidewegung.

Ausgehobenes Urteil. Wie in vielen Parteidewegungen, so war auch in der Buchhandlung der Rheinischen Zeitung in Köln die Prochühre „Kinderreigen und Arbeiterklasse“ konfisziert worden, und die Kölner Stadtverordneten verurteilte den verantwortlichen Expedienten Becker wegen angeblicher Verbreitung unzulässiger Schriften zu einer Geldstrafe von 20 Mark. Wenn auch das Gericht, so hoch es in den Urteilsgründen, nicht in der Abschaffung der Schrift zu reißen, sondern einen Spülspurz erlaubt, so kann sie doch wohl in die Hände verherrlichter und unverherrlichter Personen, die durch die Letzte nur ihre Güterneben reißen wollen. Der Angeklagte mußte diesen Charakter der Schrift gekannt haben. — Das Reichsgericht erklärte jetzt die Revision Becker für begründet. Der gerichtliche, daß die objektive Unzulässigkeit in keiner Weise festgestellt sei. Auch der Reichsgericht bestonte, daß das Kölner Landgericht den Begriff der Unzulässigkeit erkennt habe; es hätte die Feststellung treffen müssen, daß die Schrift das im Volke verbreitende Schen- und Stolzkeitsgefühl in gleichbleibender Beziehung verletzt. —

Sozialistischer Wahlsieg in Argentinien. Bei den Wahlen für die Abgeordnetenkammer sind in der Hauptstadt Buenos Aires sieben Sozialisten und drei Radikale gewählt worden. Die Sozialisten erhielten 43 336 Stimmen, die Radikalen brachten es auf 37 517 Stimmen. — Prinz Heinrich, der Sohn Wilhelms II., der hier Tage in Buenos Aires weilte, bei cuius am La Plata-Strom dieselbe Volkszählung beobachtet hätten wie am großen Strand des Specie. —

Die finnischen Sozialisten in Amerika. Das Internationale sozialistische Bureau veröffentlicht einen Bericht über die Tätigkeiten finnischen Gewerkschaften in Amerika, der beweist, daß die sozialistischen Gewerkschaften, die sie in der Heimat aussiehten, auch in der Fremde fortbestehen. Die Organisation, eine Sprachgruppe innerhalb der Gesamtpartei, zählt 13 000 Mitglieder, ihr Ver-

mögen mit Einschluß von Zeitungen und Grundbesitz, an 2½ Millionen Mark. Die Presse umfaßt drei Tageblätter mit 26 000 Abonnenten, ein Agitationwochenblatt, eine landwirtschaftliche Rundschau, eine humoristische und eine Frauenseite. Das „Central Thomas“ (Der Arbeiter) erscheint in einer Auflage von 3 000 in Hancock (Michigan), wo viele Finnen in den Supermarkten arbeiten. Auf lange Wochenblatt, erscheint es seit 1911 täglich und brachte 1913 einen Ueberdruck von 45 000 Mark. Dazu gehört eine moderne Druckerei und eine Verlagsbuchhandlung die auch die Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift plant. An mehreren Orten bestehen sehr schöne finnische Volkshäuser, die auch den Genossen anderer Nationalität zur Verfügung stehen. Mit Hilfe mehrerer angestellter Organisatoren werden ständige Agitationstouren veranstaltet. —

Der fünfte Parteitag der ukrainischen (ruthenischen) Sozialdemokratie fand unter Teilnahme von 72 Delegierten, die 46 politische und Bildungsorganisationen vertraten, in Lemberg statt. Vertreten waren die ukrainischen Parteigenossen in Rußland, Kanada und die tschechischen Separatisten. Der Kongress begann mit einer scharfen Protesterklärung gegen die Unterdrückung des ukrainischen Volkes in Rußland, die als unzulässiges Verbrechen bezeichnet wurde. Der Geschäftsbereich legte die Ursachen der bisherigen inneren Parteikrisen, die mit der Zerstörung des günstigen Wirtschaftslebens durch Kriegsgefahr und Mobilisierung den Verlust der Bewegung herbeigeführt hatten, dar. Nun ist glücklicherweise die Einigung wieder vollzogen, von der wieder geduldige Parteiarbeit zu erwarten ist. Nach entsprechenden Berichten wurde die Regelung und Centralisierung der Bildungsarbeit und die Errichtung eines Parteisekretariats beabsichtigt. Zur Generalsekretärsfrage bestand jedoch man, für die Zentralverbände einzutreten, jedoch die Berücksichtigung der besondern sprachlichen Bedürfnisse der Presse und die Errichtung eines ukrainischen Gewerkschaftssekretariats für Ostgalizien von der Reichsgewerkschaftskommission zu fordern. Nach eingehender Beratung über die internationale Lage und das ukrainische Volk wurde eine Resolution angenommen, die die imperialistische Politik der russischen Staaten bekämpft, die für die Ruthenen, als Gegenstand und Opfer des russisch-österreichischen Gegenseizes, der jederzeit zum Kriege führen kann, besonders gefährlich sei. „Wir sind Gegner der donauischen und Großmachtspolitik Österreichs, aber unser größter Feind ist der Zarismus, der gerade jetzt seine übertriebene Raupolitik weiterführt, von Berlin bis nach Finnland, von der Mandatskriei bis auf den Balkan und von den Karpathen bis nach Galizien, der letzten Rückzugsstätte des ukrainischen Volkes, seine Hände ausstreckt. Deshalb muß die ganze Energie des ukrainischen sozialistischen Proletariats in einem Kriege gegen die russische Selbstbehauptung gesetzte sein. Unser nächstes Ziel muss die Zerrümmerung des Zarats sein. Dann nur dann wird die legitime Fertigung der Reaktion fallen und der Tag sowohl der politischen Selbstständigkeit der Ukraine als auch des Triumphs des Sozialismus auf der ganzen Welt kommen.“ Zur Landtagswahl wurde eine Resolution gefaßt, die die Reform als völlig ungünstig bezeichnet, nämlich gegen die Beibehaltung des Kurienrechts, das Mehrstimmenvoting und die ungeheure Wahlkreisgeometrie protestiert. Die Reform wird nur als Anfang einer wirklichen, als Anfang zum weiteren Kampf um die Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts anerkannt. —

Angestellten-Bewegung.

Ein Kongress für einheitliches Angestelltenrecht findet am 26. April in Berlin statt. Er ist von der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht einberufen und soll in erster Linie dazu dienen, das Interesse aller Angestelltengruppen an der Vereinheitlichung des Angestelltenrechts darzulegen. Aber auch die Erwände der Gegner sollen untersucht und gebürtigt werden. Das Hauptreferat über die Notwendigkeit eines einheitlichen Angestelltenrechts wird der bekannte Sozialpolitiker Rechtsanwalt Dr. Hugo Sinzheimer Frankfurt a. M. erläutern. In der Vorbereitung sind beteiligt: Allgemeiner Verband der Buchbeamten, Allgemeine Vereinigung deutscher Buchdruckergesellschaften, Bund der technisch-industriellen Beamten, Deutscher Steigerverband, Deutscher Technikerverband, Verband der Bureauangestellten, Verband der Kunstabreiter, Verband technischer Schiffsoffiziere, Verein der deutschen Kaufleute, Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe und Centralverband der Handlungshelfer. Zum ersten Male werden auf diesem Kongress Vertreter der verschiedenen Angestelltengruppen zu gemeinsamen Verhandlungen über das Problem des einheitlichen Angestelltenrechts zusammenkommen und damit gleichzeitig der Gesamtinteressen und den gesetzgebenden Körperschaften Gelegenheit geben, die Stellung der verschiedenen Angestelltengruppen zur Frage des einheitlichen Angestelltenrechts kennenzulernen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 6 April 1914.

Die neue preußische Hinterlegungsordnung.

Die Hinterlegung ist ein Rechtsein für solche Fälle, in denen noch nicht gewiß ist, ob jemand etwas zu beanspruchen hat, sei es, daß seine Person überhaupt nicht bekannt ist, sei es, daß ein anderer ihm die Sache gerecht macht. Jedenfalls bewirkt die Hinterlegung, daß jemand ein wirtschaftliches Gut vorbehält wird, und da ist es nur billig, daß der Verlust nach Möglichkeit verringernt wird. Außerdem müssen auch die untermediären Scherereien und Unkenntlichkeiten, die den Beilegern entgegenstehen, auf das möglichste Mindestmaß begrenzt werden. Hier soll nun die neue Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913 Wandel schaffen. Sie trat im 1. April dieses Jahres in Kraft. Nach dem neuen Gesetz wird das Hinterlegungswesen bedeutend vereinfacht: Hinterlegungsscheine sind regelmäßig die Amtsgerichte — abgesehen von wenigen, für den allgemeinen Rechtsverkehr nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen — und die vorläufige Verwahrung, die in dringenden Fällen sowohl bei den Amtsgerichten als auch bei den Regierungsbewilligungen gültig war, fällt weg.

Für das Publikum ist es weit angenehmer, daß jetzt die Amtsgerichte für die Hinterlegung zuständig sind. Ihre Bezirke sind viel kleiner, als die der Regierungen und darum sind sie für die meisten Leute leichter zu erreichen. Hinzu kommt, daß die Amtsgerichte mehr auf den Verlust mit dem Publikum zugreifen und als die Regierungsbewilligungen. Vor allem heißt nicht mehr der Hof darüber zu zerbrechen, ob man beim Amtsgericht oder bei der Regierungsbewilligung hinterlegen müsse; diese kommt dafür nicht mehr in Betracht. In vielen Fällen ist es sogar gleich, bei welchem Amtsgericht man hinterlegt. Zu anderen

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 82.

Magdeburg, Dienstag den 7. April 1914.

25. Jahrgang.

Soziales.

Siebzehn Jahre Kampf um die Unfallrente. Wie schwierig heute unfallverletzte Arbeitern durch die Berufsgenossenschaften der Kampf um die Rente gemacht wird, beweist die Leidensgeschichte eines Hallischen Arbeiters, die durch Zusprechung der Rente durch das Schiedsgericht zu Merseburg nach schärfstem Kampfe jetzt ihren Abschluß gefunden hat. Der Arbeiter H. erlitt im Juli 1908 im Betriebe der städtischen Stromreinigung einen Betriebsunfall, eine erhebliche Kopfverletzung und Quetschungen über dem Hüftbein. Am Hinterkopf des Verunglückten entstand kurz nach dem Unfall eine gefährliche Blutgefäße, gleichzeitig stellten sich epileptische Anfälle ein, die den Arbeiter arbeitsfähig machten. Nachdem die Tiefbauberufsgenossenschaft und das Schiedsgericht die Entschädigungspflicht abgesagt hatten, entschied das Reichsversicherungsamt nochmalige Begutachtung und Verhandlung des Verfahrens. Dabei wurde von dem Oberarzt der Universitäts-Nervenklinik zu Halle der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Epilepsie als höchstwahrscheinlich festgestellt, worauf das Reichsversicherungsamt Juli 1911 dem Verletzten die Rente dem Grunde nach zusprach. Im Januar 1912 bewilligte die Berufsgenossenschaft dem gänzlich Erwerbsunfähigen eine Rente von 15 Mark monatlich. Da sich die Krankenkasse für verschiedene Leistungen schadlos hielt, wurden dem armen Teufel ganze 10 Mark im Monat ausgezahlt. Schließlich nahm sich das Hallische Arbeiterscretariat des verletzten Arbeiters an. Auf Berufung und nach Einholung ärztlicher Gutachten verurteilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft im Juni 1912 zur Zahlung der Rente. Darauf gab sich diese aber noch immer nicht zufrieden; sie legte Rechts beim Reichsversicherungsamt ein, daß jedoch nach erneuter langwieriger Beweiserhebung im März 1914 in dem Sinn entschied, daß die Vollrente dem Verletzten von der Berufsgenossenschaft zu zahlen ist. **Siebzehn lange Jahre** währt dieser Kampf um die Rente. Die Krankheit des Arbeiters ist durch die vielen Aufregungen und jahrelangen Entbehrungen — bei 10 Mark Monatseinkommen — so schlimm geworden, daß die Auszahlung der höheren Rente beschleunigt werden muß, wenn sie ihm noch bei Lebzeiten erreichen soll. So ist die Existenz des deutschen Proletariers durch die vielgepriesenen Sozialgesetze gesichert bis ins hohe Alter. —

Der Zehnstdienstag in der Schweiz. Im neuen schweizerischen Fabrikgesetz wird der Zehnstdienstag mit 9 Stunden an Vortagen von Feiertagen gleichzeitig festgelegt. Betriebe, die den freien Sonntagnachmittag gewähren, dürfen noch 7 Jahre hindurch 10½ Stunden pro Tag schaffen lassen. Die Textilindustriellen wollten diese Verlängerungsfrist auf 10 Jahre ausdehnen. In der Dezemberession des Nationalrats sind die Herren damit abgelehnt und auch im Ständerat (der ersten Kammer) unterlagen sie, wenn auch nur mit schwacher Mehrheit. 45 Jahre lang hatte die Schweiz den gesetzlichen Elfstundentag. Als dieser damals vom Volk angenommen wurde, stand die Schweiz damit an der Spitze der Sozialpolitik Europas. Heute aber steht die internationale Einführung des Zehnstdienstags für Frauen und Jugendliche vor der Tür und wird, wie vom Bundesratssitz aus erwartet wurde, kommen, bevor die 7jährige Übergangsfrist vorüber sein wird. —

Aus der Jugendbewegung.

Der Kampf um die Jugend

Wem heute noch bei einem leider erheblichen Teile der organisierten Arbeiterschaft eine beschämende Gleichgültigkeit gegenüber der Jugendbewegung zu bemerken ist, so zeugt das von außerordentlich bedauerlicher Kurzsichtigkeit und einer verhängnisvollen Verfehlung der Bedeutung unserer Jugendbewegung. Nichts wäre für die Zukunft der Arbeiterklasse verhängnisvoller, als hier gleichgültig zu sein. Denn in der Beeinflussung der Jugend, die bestehende Ordnung als die beste anzuerkennen, sieht die herrschende Klasse eine der letzten Möglichkeiten, sich Macht und Besitzstand noch auf absehbare Zeit zu sichern. In ganz klarer Weise ist sich jetzt fund: allen schmückenden Weintrauen entkleidet, ist das Mingen um den Besitz des proletarischen Nachwuchses nächster politischer und wirtschaftlicher Machtkampf. Gepötz wird hiermit nichts Neues ausgesprochen, aber es kann nicht oft und eindringlich genug auf die Gefahr hingewiesen werden, die der Arbeiterschaft von dieser Seite droht. Später über das Prinzipium und den Kriegsfanz, der die bürgerliche Jugendbewegung karatriert, ist leicht und beweism. Schwere ist es schon, annehmbare Vorläufe zu machen, geeignet, ununterbrochene Bewegung zur Bedeutung zu verleihen.

Mit Sicherheit und sichtbarem Erfolg haben Gründer und Leiter der Jungdeutschland-Organisationen eine Eigenschaft zu rüsten gewußt, die mehr oder minder Erbteil jedes Menschen: den periodischen Egoismus. Durch Ernährung der Arbeitsaufstellung aus der Requisitenkammer des dreimal heiligen Militarismus ist man bestrebt, diesen ererbten Trieb in der reffinierten Weise zu steigern. Die Lust zum Soldatenpiel ist die Vermutung. Durch den Geist der Subordination sollen unter der Macht herumlohnendes Spiel selbständige Regungen fruchtig erzielt werden, um so nach und nach in der heranwachsenden Generation eine geistige und körperliche Masse heranzuziehen, deren Wohl und Wehe ganz in die Hand des sogenannten "Boscherr" gelegt ist. — Angesichts dieses frivolen Attentats auf die Zukunft des arbeitenden Volkes wird die in weiten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft noch vorhandene Teilnahmefähigkeit um so erstaunlicher. Gründe nur die Jugend des Bürgertums in Frage, wäre jedes Wort müßig. Aber das Gros der bürgerlichen Vereine reagiert sich ja gerade aus Proletariat: rüden.

Es muß deshalb mit aller notwendigen Stärke berottet werden, daß Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die ihren Kindern die Teilnahme an Verbündungen gestatten, deren Tendenz eine unverkennbar arbeiterfeindlich ist, geradezu ein Verbrechen abgeben, nicht nur an ihrer Klasse, sondern auch an sie selbst und ihrer Familie. Die gesamte bürgerliche Jugendbewegung ist auf den Autoritätsglauken eingestellt, und dieser, konsequent durchgeführt, züchter den Radaberg hohes und liefert ja den Soldatenkämpfern das Material für ihre Bestialitäten. Es tritt somit genau das Gegenteil ein, was etwa nahe Sicht gemüter erhoffen. Wem es daher Ernst ist mit dem Kampf gegen den Rennegat und Menschenfeind brutal zerrauzelndem Radabergkämpfer, der heißt seine Kinder fern von den nationalen Jugendbewegungen, die aus unterm Södnen ein Volk von Kriegsfeinden machen mögen. —

Die Schulentlassungen geben uns wieder willkommenen Anlaß, alle Arbeitertöchter in erhöhtem Maß auf die Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung hinzuweisen. Wenn die herrschende Klasse, gepötz auf die Autorität der Staatsgewalt und unter Beweisstellung der staatlichen Machtmittel einerseits mit verlockendstem Sirenengefang die Jugend zu föhren und unter das nationale Banner gut führen sucht, anderseits aber die proletarische Bewegung mit aller Brutalität zu unterdrücken trachtet, dann müßte ja doch jedem Arbeiter der Gedanke geradezu aufspringen, daß es bei diesem Ringen um einen der letzten Rettungskampf der herrschenden Klasse geht. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wolmirstedt-Nieuhaldensleben.

Olvenstedt, 6. April. (Die geschilderten roten Schleifen.) Am Freitag den 27. März starzte Genosse Karl Biering bei der Reparatur eines Schornsteins aus der Feche Rudolfschacht in Böllingen aus einer Höhe von 35 Metern ab. Er war sofort tot. Zu seiner Beerdigung, die am Dienstag den 31. März in Böllingen stattfand, waren neben seinen Angehörigen je eine Deputation der sozialdemokratischen Partei und des Deutschen Bauarbeiterverbandes sowie eine Anzahl Freunde aus Saarbrücken mit Kränzen mit roten Schleifen erschienen. Die Eltern des Verstorbenen hatten einen evangelischen Geistlichen bestellt. Als der Zug sich formierte, drehte sich der Pastor um und kommandierte: „Entfernen Sie hier sofort die roten Schleifen!“ Die Genossen taten dies. Die Beerdigung nicht nach. Jetzt stürzten von allen Seiten Polizisten — die bis dahin nirgends zwischen waren — über den Zug her und rissen die Schleifen von den Kränzen. Diese häßliche Szene spielte sich vor der Leichenhalle vor den Augen des Dieners christlicher Nächstenliebe ab. Der führ nun in Bewegung liegende Zug, bestehend aus circa drei Dutzend Teilnehmern, wurde von einem Dutzend Polizisten und Gendarmen eskortiert. Einen Stenographen hatte die Behörde auch mitgeschickt, der die kurzen Widmungsworte beim Niederlegen der Kränze stenographierte. —

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 6. April. (Die Frauen-Abteilung des Sozialdemokratischen Vereins) hält am Mittwoch den 8. April, abends 8½ Uhr, bei Max Boltmann, Bahnhofstraße 63, eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Karl Schulze junior hat das Vortragsamt übernommen. Die Genossen werden gebeten, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. —

(Eine Sitzung der Stadtverordneten) findet am Dienstag den 7. April, nachmittags 4 Uhr, statt. Aus der Tagesordnung seien als wichtige Punkte erwähnt: Annahme von Stiftungen (10 000 Mark und 2000 Mark); Bewilligung von 3000 Mark zur Zustandsprüfung des verlängerten Posthauswegs; 57 000 Mark zur Pfasterung der Westerhäuser Straße zwischen dem Tippechen Gehöft und der Blankenburg Bahn und 52 000 Mark zur Erweiterung der Kläranlage. —

(Bautätigkeit.) In der Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1914 sind an Baugebäuden erweitert worden: in der Altstadt Au- und Ausbauten 5, Umbauten 13; in der Neustadt Ausbauten 7, Au- und Ausbauten 12, Umbauten 12. Hierdurch wurden 118 Wohnräume neu geschaffen. —

(Eine Wandlung durch das Gelände der Arbeiter-Gartensiedlung.) So mancher, der seinen Beitritt zur Bau- und Spargenossenschaft vollzog, tat es wohl aus dem Grunde, weil ihm als schuldhafte Wunsch ein nettes, neues, aus gutem Material und nach allen neuzeitlichen Vorrichtungen erbautes Haus vorzuhaben. Die durch jahrelangen Fleiß oder durch eine kleine Ebelschaft oder gar durch einen Lotteriegewinn erworbenen Gelder werden angezahlt, um den Wunsch, ein eigenes Haus zu besitzen, zu verwirklichen. Bei einigen mag auch der Anlaß der gewesen sein, daß es an Wohnungen in der Preislage von 50 bis 80 Thalern hier bei uns sehr mangelt. Wieder andre wollen der fortgesetzten Preissteigerung der Häuslichkeit aus dem Wege gehen. Doch was wir dort draußen sehen, dürfte bei manchen Genossenschaften die Freude am eigenen Haus arg dämpfen. Die dort erstandenen vom Zimmermeister Reimann erbauten Häuser sehen aber auch gar nicht verlockend aus. Das Bauwerk ist aus unförmigen Betonsteinen errichtet; von weitem sehen die Bauten aus wie Ruinen. Das darin verarbeitete Holz scheint auch kein allzu gutes zu sein. Man wird dabei lebhaft an die Aussprüche verschiedener Stadtverordneten in einer Sitzung, in der über Erbbaustellen debattiert wurde, erinnert, daß nach nicht allzulanger Zeit man „Schuhhausen“ anstatt Häuser dort hätte. Bei den Erbbaustellen handelt es sich meistens um solche Leute, die etwas Kapital besitzen. Dort hegte man solche Befürchtungen. Bei der Gartensiedlung kommen nur Arbeiter in Frage, die ihre paar Spargrößen dort anlegen, da hört man solche Bedenken nicht. Es scheinen aber diese Zustände an den Gartensiedlungen schon mehreren Leuten aufgefallen zu sein, das beweist eine Anfrage im „Intelligenzblatt“, ob diese Bauten von der Baupolizei abgenommen werden. —

Hornhausen, 6. April. (Doppelte Strafe.) Die Gemeinde C. hatte sich vor dem Landgericht Halberstadt wegen verzichteter Empfehlung zu verantworten. Sie hatte 1909 von Fahrradhändler Röpke in Oschersleben eine Räummaschine auf Abzahlung entnommen, die 100 Mark kosten sollte. 81 Mark zahlte Frau C. ab, ja daß nach 19 Mark Rest verblieben. Als keine Fällung weiter erfolgte, beauftragte C. einen Gerichtsvollzieher, entweder den Rest von 19 Mark oder die Maschine zu holen. Die Angeklagte gab die Maschine heraus. Am folgenden Tage erhielt C. einen Brief, in dem Frau C. mitteilte, daß im Maschinenkasten 31 Mark gelegen hätten, die sie vergraben hätte. Der Kasten wurde herausgegeben. C. sollte das Geld sofort herausgeben, andernfalls sie festgehalten würde. Durch Zeugen wurde befunden, daß der Kasten leer war, als C. die Maschine erhielt. Frau C. wurde wegen verzichteter Empfehlung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. —

Wernigerode, 6. April. (Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten) findet am Dienstag den 7. d. M. nachmittags 5 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses statt. Zur Beratung stehen 15 Punkte. —

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Barnberg, 6. April. (Unfall oder Selbstmord?) Am 2. April, morgens um 5 Uhr, wurde auf der Bahnstrecke von Oschersleben nach Böppte der Landarbeiter Andreas Heine von hier von einem D-Zug überfahren. Ob Heine von der Böschung gefallen ist oder sich die Schiene geworfen hat, konnte nicht festgestellt werden. —

Gardelegen, 6. April. (Wer hilft bringt.) Am Samstag im November v. J. verunglückte beim Läuten der 12jährige Sch. Der arme Junge kam das Malheur, beim Treten des Glöckens zwischen die Zügel zu geraten, wobei er das Fußabgelese brachte. Der Junge ist der Sohn einer Witwe. Sein Vater kam vor einiger Zeit auch durch Unfall zu Tode. In ihrer Not versuchte die Frau etwas für den Jungen, der einmal ihre Stütze werden sollte, zu bekommen. Aber bis heute hat man die Frau von einer Behörde zur anderen verwiesen. In ihrer Not wandte sie sich an das Arbeitersekretariat in Magdeburg. Von dem Sekretariat sind auch die nötigen Schritte unternommen worden. Das gefiel aber Herrn Pastor H. nicht. Der Herr meinte, die Großmutter könnten ihr auch nicht helfen. Der Ausdruck des Herrn Pastors: An Ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, war wohl so gemeint, daß die Früchte, welche die Frau bis jetzt von den einzelnen Früchten genutzt hat, recht unzumutbar waren. Das Arbeitersekretariat hat sich der Sache angenommen und wird sie auch durchsetzen. Der Entscheid des Oberlandesgerichts Rostock, welcher den Gang aufhob, als hätte lediglich der Junge selbst Schuld, kann noch nicht maßgebend sein. Wenn gesagt wird, daß dem Jungen verboden werden sei, mit zu läufen, so wird von anderer Seite auch das Gegenteil behauptet. Die Sache wird schon klargestellt werden. Es wird alles darangesetzt, daß mit dem Jungen, der heute noch im Krankenhaus in Stendal liegt, geholfen wird. —

(Suz Einsicht gekommen) sind die Herren Geistlichen, welche die alljährlich im „Deutschen Kaiser“ stattfindende Konferenztagung nach dem Schuppenhaus vorlegen wollen. Der Grund hierzu war:

Die Gewerkschaften halten im „Deutschen Kaiser“ ihre Veranstaltungen ab. Auf den energischen Protest von mehreren Vätern der Konferenz haben hat man sich besonnen und läßt die Feier doch im „Deutschen Kaiser“ stattfinden. Ja, ihr Herren, nicht so sehr durch die rote Brille gucken, sonst wird auch schwatz noch rot. —

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 6. April. (Unser erste Wahlerversammlung) war ein Ereignis für unsre Stadt. In allen Kreisen, auch in gegnerischen, wird lebhaft darüber diskutiert. Der „Altmark“ stimmt im wesentlichen den Auseinandersetzungen unseres Genossen Landsberg zu. Von der sozialdemokratischen „Sonderkandidatur“ dogegen ist das Blatt nicht erbaut. Inwiefern die sozialdemokratische Kandidatur eine Sonderkandidatur ist, sagt der „Altmark“ nicht. Die Liberalen wollen im übrigen zunächst noch nichts vom Wahlkampf wissen. Aber nach dem Fest! —

(Die Bündler und die Konservativen) waren am Freitag beisammen, um Hoesch wieder die Kandidatur zu übertragen. Es war nur eine Form, sagt das „Intelligenzblatt“, denn die Sache war schon vorher so gut wie abgemerkt. Viel geredet wurde in der Versammlung, deren Mehrheit mehr zum Handeln als zum Reden neigte, auch nicht. Was brauchen sie zu reden und zu überzeugen? Bei ihnen wird das anders gemacht. —

(Richtigstellung.) In unsern Bericht über die Landsberg-Versammlung am Freitag hat sich ein Fehler eingeschlichen. Nach dem Bericht soll Genosse Landsberg ausgeführt haben: „Anlässlich des Erfurter Schiedensurteils stimmten die Konservativen gegen jede Milderung.“ In Wirklichkeit hat Genosse Landsberg nur, wie das auch den Tatsachen entspricht, davon gesprochen, daß selbst angesichts des Erfurter Schiedensurteils einige Konservativen es über sich gebracht haben, gegen jede Milderung des Militärstrafgesetzes zu stimmen. —

Wahlkreis Kalbe-Oschersleben.

Rüstet zum 1. Mai!

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Zum 25. Mai feiert der Weltfeiertag der Arbeit wieder. Grund genug, ihn besonders würdig zu begehen und ihn so eindrucksvoll zu feiern, wie es die rote Woche gewesen ist. Aber noch andre Gründe erheben gebietlich eine impozante Maideemonstration. Neben den alten Forderungen auf Weltfeiertag, Arbeitserholung, Weltfrieden und Bürgerverbrüderung sind neue, gewichtige Forderungen aufgetaucht. Der Kampf um das schwer bedrohte Koalitionsrecht, das preußische Wahlrecht, die Arbeiterschutzausübung, gegen die preußische Reaktion, gegen den Lebensmittelwucher, gegen die Säbelherrschaft und das Überwuchern des Militarismus stehen auf der Tagesordnung. Da ist die Zeit zu mächtigen Demonstrationen gekommen. Dieser Demonstrationstag ist

der 1. Mai!

In diesem Sinne möge auch die Arbeiterschaft unsres Kreises an die Vorbereitungen zur Maifeier herantreten und ihr jenen wichtigen demonstrativen Charakter verleihen, der ihr in diesem Jahre mehr als je gebührt. Die würdigste Form der Maifeier ist die Arbeitsruhe!

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Rüstet zum 1. Mai!

Mit Parteigruß Der Kreisvorstand.

*
Barby, 6. April. (Sel tener Besuch.) Am Sonnabend abends gegen 7 Uhr nahm hier ein Militärzug A 29 auf einem Asterrück am Beipener Weg eine Zwischenlandung vor. Als die beiden Offiziere am Sonntag früh wieder aufzutreten wollten, mührten sich die Männer beim Aufstehen in den lockern Boden, ließ ein und war ein Erdbeben gegen das Flügel des Propellers, wodurch ein Stück des Flügels abbrach. Der Standort des Flugzeugs war am Sonntag das Ziel vieler Schaulustiger. Feder wollte das Flugzeug sehen. Auch ein hiesiger Kaufmann wollte per Auto dem Flugzeug einen Besuch abhalten; aber es witterte auf der glatten Straße hemmte es seinen Lauf, und alle Versuche es wieder flott zu machen, waren vergeblich. Die Passanten waren froh, daß sie bei einem benachbarten Landwirt auf den Hof schließen konnten, um weitern Redereien zu entgehen. —

Felgeleben, 6. April. (Vorlesungsversammlung.) Die legit. Gemeindevertreterwahl wurde einer kritischen Beleuchtung unterzogen. Den Sieg hatten schon die „Gelben“ in der Tasche, trotzdem der Haushaltswahlkandidat mit den Gelben nichts zu tun haben wollte, seine Wahl wurde, wie bekannt, für ungültig erklärt. Die Magdeburger „Tages-Zeitung“ schreibt in Nr. 78 vom 2. April unter Felgeleben: „Die Gemeindevertreterversammlung erklärte in ihrer legit. Sitzung die fürlich erzielten Wahlen zur 3. Abteilung, in die wie mitteilten, ein Kollege aus dem Werkverein der Metallindustrie gewählt worden war, für ungültig, da die Wahlen nicht gelegmäßig sein sollen.“ — Es ist nun Pflicht der Arbeiterschaft bei der Nachwahl besser auf dem Posten zu sein, denn die große Siegesgöslichkeit hat ihr nur Schaden gebracht und unnötige Kosten verursacht. Wenn jeder Arbeiter seine Pflicht getan hätte, könnte dieses ungünstige Resultat nicht kommen. In einem Arbeiterviertel müssen die Arbeiter im Gemeindeparkett vertreten sein. Der Kandidat darf nicht nur gewählt werden, sondern muß auch eine übergroße Stimmenzahl hinter sich haben. Der Haushaltswahlkandidat ist vor 2 Jahren ausschließlich als wir, aber jetzt hat er es bewiesen, was Geistes sind er ist in der letzten Minute noch einen Kandidaten auf, um der Arbeiterschaft das Mandat zu entreißen. Die Gegner werden bei der Nachwahl alles aufzutun, um den Sieg zu behalten. Die Wahl ist noch nicht ausgezögert, es kann aber jeder Tag erfolgen. Die Arbeiter müssen gerüstet dastehen. Ferner wurde noch bekanntgegeben, daß der Haushaltswahlkandidat schwarze Leute führt. Der Arbeiterschaft steht in Felgeleben ein Post zu Verfügung, wo sie ihre Interessen erörtern kann. Die Arbeiterschaften nehmen die Wünsche wohl gern, aber sie wollen nicht, daß die Arbeiter in ihren Lokalen Beratungen pflegen. —

Militär-Justiz.

Rekrutenschindereien vor Gericht. Vor dem Gerichtsgericht der 3. Division in Stettin standen am Freitag vier Sergeanten, fünf Unteroffiziere und ein Gefreiter von der 10. Kompanie des Grenadier-Regiments Nr. 2, die inf. wegen schwerer Verhöhnung von Untergebenen zu verantworten hatten. Fast alle Leute der 10. Kompanie waren als Zeugen geladen. Die Verhandlung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Die Verhandlungsnahme zeigte wieder jenes furchtbare Bild von Soldatenchindereien, die bei dem preußischen deutschen Kommiss in erschreckender Zahl vorkommen. Der Sergeant Wille hatte seine Freude daran, die Mannschaften des Regiments aus den Ketten zu treiben. Doch er sie dabei nicht vorsichtshalber behandelt, braucht nicht besonders betont zu werden. Das Verhören soll er jetzt mit 2 Tagen gelinden. Arrest hängt. Mit 2 Wochen Mittelarrest kam der Sergeant X an den. Er war besonders darauf bedacht, bei Untergebenen, die missbräuchlich waren oder aus andern Gründen die Peitsche des pflichtleidigen Vorgesetzten nicht schnell genug ausführen konnten, mit Ohrfeigen und

I sonstigen Fürsorglichkeiten nachzuholen. Daß einem Soldaten gelegentlich auch ein Bund Schädel an den Kopf geworfen wurde, hielt dieser Rekrutenerzieher für ganz in der Ordnung. Der Sergeant Müller wußte noch eine Steigerung in der lieblosen Behandlung des Soldaten dadurch zu erzielen, daß er neben den üblichen Ohrenschlägen mit dem Seitengewehr, der Kloppeifische und sogar mit dem Feuerhaken ausstellte. In einem Soldaten, dessen Stock schmückig war, nahm der Herr Sergeant eine so gründliche Reinigung vor, daß er allein drei Flaschen Benzin verbrauchte, wobei er das Gesicht des Mannes ganz furchtbar traktierte. Der Gerichtshof war empört über diese Tortur und erkannte gegen den Reiniger auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren. Der Unteroffizier Schiebel in halbem Egerzieren mit dem Gemeinfolzen und dem Seitengemehr nachgeholt. Er wurde zu 4 Monaten und 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Unteroffizier Köhn hielt im Punkte Qualität mit jenen Kollegen gleichen Schritt, dagegen hat er sie in der Quantität der Schindereien bedeutend übertrffen. Nicht weniger als 74 Fälle von Mißhandlungen Untergebener während des Dienstes und 45 Fälle vorschriftswidriger Behandlung wurden ihm zur Last gelegt. Schließlich sprach er die Soldaten auch noch zu falschen Aussagen zu überreden. Das Gericht verurteilte diesen Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an. Die übrigen Rekruteneiniger fanden bedeutsam milder davon. Der Gefreite Schnack und der Unteroffizier Wotzeller wurden freigesprochen. Verurteilt wurden noch der Unteroffizier Harzdorf zu 10 Tagen, Unteroffizier Fester zu 14 Tagen und Sergeant Enggier zu 1 Woche Mittelarrest.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht restante Ausgaben werden nicht zurückgefordert. Schreibzettel vorbehaltlich aller hier angeführten Kosten und sind durch die Buchdruckerei der Polizei und deren Abteilung zu bezahlen.

Nord und Süd Herausgeber und Chefredakteur: Professor Dr. Ludwig Stein, Berlin W. Lützowstraße 3a. Verlag: Schlesische Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt der S. Schlesischen A.-G., Breslau. Preis pro Quartal 6 Mark. Aprilheft.

Lichtstrahlen, Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von Julian Wotzeler. Nr. 8. Januar: Glaube und Wissenschaft. — Der Kampf gegen die Bucherzölle. Von A. Karski. — Die Anfänge der Staatsberichtschaft in der christlichen Kirche. II. Von Edith Hörmann. — Unre Kürse. — Notizen. Preis des Heftes 10 Pf. Verlag Berlin-Lichtenfelde 3, Hedwigstraße 1. —

Chronische Stirnhöhlenerkrankung und ihre operationslose Behandlung. Unter obigem Titel erschienne beiden im Verlag von Lützow Böhlens in Berlin W. 30. Maczekstraße 18, eine Broschüre, in der der Spezialarzt für das Lungen- und Darmleiden Dozent K. P. in Charlottenburg ein modernes operationsloses Verfahren bei der Behandlung chronischer Stirnhöhlenerkrankung angibt, welches nach seiner langjährigen Erfahrung das eingangs erwähnten Leidens zur vollständigen Heilung bringt. Diese neue Behandlungsmethode ist um so bedeutsamer, als die von dem Autor in der medizinischen Fachpresse bisher erschienenen Veröffentlichungen die Anwendung der operativen Kreide gefunden haben. Die mit vier Abbildungen versehene Broschüre kostet 1,50 Mark. —

Zehnter internationales Bericht über die Gewerkschafts-

bewegung 1912, herausgegeben von Karl Legien. Präfektur

des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der Preis der Schrift beträgt im Buchhandel pro Exemplar 1,50 Mark. Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie zum Preise von 90 Pf. pro Exemplar, wenn die Bezahlung direkt beim Verlag der Generalkommision, H. Kuhn, Berlin SO 16, Engelstr. 15, erfolgt. Zum Preise von 70 Pf. sind auch noch erhältlich die ersten neun internationalen Berichte für 1908 bis 1911. —

Vereins-Kalender.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Wilhelmstadt. Dienstag den 7. April, abends 8, Uhr, Abrechnung im „Luitpold“.

Die Beiratsleitung.

Neue Neustädter Damenchor. Am Dienstag Übungskunde und Generalversammlung. 418

Ach.-Radfahrerbund Solidarität. Gruppe Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Buckau (Thalia) Mittwoch; Abt. Neue Neustadt (Doming. Fabrikstraße) Freitag; Abt. Alte Neustadt (Erone) Mittwoch; Abt. Altenstadt (Friedrichslust) Freitag; Abt. Rothensee (Kumbiers Sohle) Donnerstag; Abt. Meinhards-Dahlenwarsleben (Gasthof zur Darre) jeden Mittwoch. 421

Arbeiter-Samariterkolonne Magdeburg. Die Übungskunden fallen in dieser Woche aus. 419

Reichsbahnleben. Arbeiter-Gesangsverein Einigkeit. Mittwoch den 8. April keine Singkunde. 415

Marktberichte.

Magdeburg, 4. April. (Amliche Notierungen.) Die Notierungen berichten sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer und Sommer rubig, gut 187—189 M. — Roggen rubig, inland, gut 150—152 M. — Getreide vielseitig. Getreide, gut bis — M. Sonnen über Artis. Land, gut — M. ausländische Getreidearten teilig, gut 183—185 M. — Hafer inländischer teilig, gut 162—165 M. — Mais runder gut 149—151 M.

Wasserstände.

	bedeutet über. — unter Null.			
Hier, Eger und Weissen.			ges. Buß	
3. April + 0,40	4. April	+ 0,45	—	0,05
— 0,80	—	+ 0,77	—	0,08
+ 0,05	—	+ 0,65	—	
+ 0,70	a.	+ 0,72	—	0,02
Münster und Sohle.				
Stralsund	4. April	+ 1,85	5. April	— 0,95
Berkenfeld Witten	—	+ 1,00	—	—
Stettin	—	+ 2,56	—	0,04
Altona	—	+ 2,12	—	0,06
Sternberg	—	+ 1,89	—	—
König. Überreg.	—	+ 1,81	—	0,08
König. Küstegeg.	—	+ 1,67	—	0,08
Großr. S.	—	+ 1,72	—	0,11
Wümme.				
Lebau, Wittenber.	4. April	+ 0,90	5. April	+ 0,81
Elbe	—	—	—	0,04
Barthol. —	3. April	- 0,67	4. April	- 0,65
Brandenburg	—	- 0,95	—	0,04
Brand.	—	- 0,65	—	0,04
Zeitz	—	- 0,57	—	0,02
Elbing	—	- 1,01	—	—
Dresden	—	- 0,50	—	0,04
Stolper	—	- 1,08	—	0,08
Braunschweig	—	- 2,06	—	0,10
Bremen	—	- 2,41	—	—
Bremen	—	- 2,53	—	0,13
Flensburg	—	- 2,17	—	—
Wismar	—	- 2,15	—	0,13
Angermünde	—	- 2,53	—	—
Blankenberge	—	- 2,05	—	0,14
Demmin	—	- 2,35	—	0,15
Bremerhaven	—	- 2,35	—	0,10
Geesthacht	—	- 2,22	—	0,10
Glückstadt	—	- 2,03	—	0,09

* Auftrag, 6. April, Bezahlung + 10% vom Betrag, ebenso wie 1. Mai und 1. Juni gesetzlich. — Bettler-Zettel, 5. April, Kosten (Rabatt, 25%).

Briefkasten.

J. Frohse. Beste Dank! —

Gesangverein Neuhausenleben und andre. Beste Vereins-

kalendernotiz kostet mindestens 20 Pf. Erhalten noch 10 Pf.

Die Expedition.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 4. April. Todesfälle: Witwe Marie Lieber-kuhn geb. Laue, 81 J. 1. M. 11 T. Emilie geb. Salina, Ehefrau des Prokurranten Mag. Brodmann, 50 J. 11 M. 7 T. Emma geb. Buhl, Ehefrau des Arbeiters Karl Schwerdt, 38 J. 3 M. 3. Otto Marggraf, unverheir. 31 J. 2 M. 2 T. Ingenieur Wilh. Peterk, 27 J. 20 T. Erno, T. des Arbeiters Hermann Herken, 4 M. 12 T. Hans, S. des Kaufmanns Wilhelm Ganzer, 4 M. 2 T. Richard, S. des Malers Richard Pabst, 8 T.

Südenburg, 4. April. Todesfälle: Arbeiter Joseph Dullinger, 31 J. 8 M. 1 T. Margarete, T. des Schuhmachers Otto Bode, 9 M. 16 T. Katharine geb. Kaufholz, Ehefrau des Steinseifers Heinrich Jünemann, 56 J. 11 M. 28 T.

Neustadt, 4. April. Todesfälle: Kurt, S. des Kutschers Franz Stolpmann, 5 M. 4 T. Hausvater Friedrich Köppen, 71 J. 7 M. 5 T.

Aus dem Geschäftsverkehr.



Unsre Frühjahr-Nehmellen sind eingetroffen

Herren- u. Damen-
Sfiefel u.
Halbschuhe

Marke

„Propago“ gesetzl.
geschützt

Das Neueste in
Form

Das Beste im
Sitz

Vorzüglich
im Tragen

Magdeburg
Breiteweg 26

Schuh-Sport

B. Flaum

Einheitspreis

6 75

Versand
nach auswärts
unter Nachnahme

Bei
meinem Pelzgeschäft
möchte ich während der Saison
Bettfedera-Reinigungsanstalt.

Otto Lehmann ■ Sodenberg ■ Breiteweg 112
Spezialgeschäft für Wäsche

mit genügend Bettfedern & Linnen wird keine Bettfedera-Reinigungsanstalt.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich in Sodenberg,
Ritterstraße 2, eine

Blitz-Schuhfabrikant

mit elektrischem Beleucht. Es wird kein Betrieb mehr
seine gute Arbeit bei früheren Kunden zu liefern.

Öffentliche Arbeit wird sofort ausgeführt.

Hermann Ballenthin,
Zahnarzt,
Sodenberg, Ritterstraße 1.

Haushaltungen
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

Sommerproßsen
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

Best-Schuh!
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

G. Jenisch
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

Best-Schuh!
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

G. Schmohl ■ Sodenberg, Ritterstraße.

Billige Tapeten
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

Klapp-Sportwagen
mit Gummirädern von 9.75 M. an
Kinderwagen von 6.75 M. an

Kastenwagen von 12.50 M. an
12.50 M. an

Peddigroßwagen mit Gummirädern und Box-
gestaltung von 12.50 M. an
12.50 M. an

**Reise- u. Waschkörbe, Komplettoren, Beddigroßmöbel, Waschtischen,
Damenfürschalen usw. in größter Aus-
wahl zu billigen Preisen.**

G. Schmohl ■ Sodenberg, Ritterstraße.

Billige Tapeten
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112
■ Sodenberg, Ritterstraße 112

Fernspr. 314

GEBR. BARASCH

Dienstag bis
Sonnabend

Für das Osterfest billige Lebensmittel!

KONSERVEN

WURST

KÄSE

Früchte	1-Pfd.-Dose	2-Pfd.-Dose
Ananas, ganze Früchte	—	1.15
Ananas i. Scheib. zur Bowle	—	1.60
Aprikosen, ganze Frucht	—	1.05
Erdbeeren	70	1.30
Reineclauden	—	80
Melange, extra fein	—	1.35
Kirschen, süß, ohne Stein	—	1.05
Pfirsiche, ganze Frucht	—	1.20
Apfelmus . 4 Pfund 1.00	55	—
Preiselbeeren	45	80

Spargel	1.00	1.90
Stangenspargel, extra stark	90	1.65
Stangenspargel, stark	80	1.50
Stangenspargel, mittelstark	65	1.20
Stangenspargel, dünn	80	1.45
Brechspargel, stark	60	1.05
Brechspargel, dünn	—	—

Diverses	70	1.50
Kaiserschoten	50	90
Junge Erbsen, fein	28	48
Junge Erbsen	—	58
Gemüse-Erbsen	55	60
Junge Erbsen mit Karotten	—	58
Spinat	—	29
Brech- und Schnitbohnen	—	—

Fortsetzung des großen
Weine-Verkaufs

Zum Umzug - Extra-Verkauf!

Zugroßleistungen 40 50 65 80 100 PL
Stoffresten, komplett, 50 Pt.

Gardinenresten für Künstlergarnituren
Gardinenresten 45 50 60 65 100 M.

Gardinenreste - Kissen - Stoffresten
Kinder- und Kinder-Möbeln in jeder Preisklasse
Anleger zu besonderen Preisen

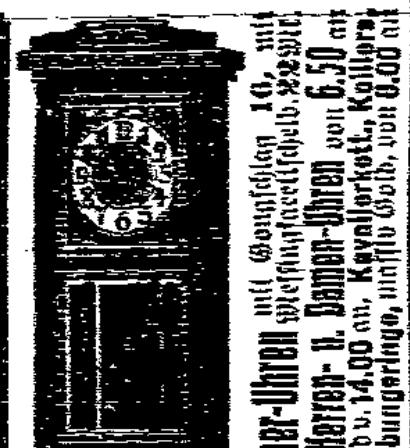
Büroartikelwaren

Reissig-Portieren-Garnituren
zu großem Preis mit großer Pracht, von 3.00

Moderne Handtuchhalter mit Glasflasche

Edmund Bölsche

Halberstädter Strasse 100.



Alfred Paarsch
Große Mühlenstr. 7a.

Für Brautpaare!

Wohnungs-Einrichtungen



Für den Oster-Bedarf!

Strümpfe Handschuhe-Trikotagen

Ganz hervorragend
preiswerte
Angebote

Neuheiten in Stoff-Handschuhn

Damen-Handschuh Atlaszwirn, 2 Drud	Paar 35	Herren-Handschuh Atlaszwirn	Paar 30
Damen-Handschuh Süde imitier., 2 Drud	Paar 45	Herren-Handschuh Süde imit., mit Druckverschl. Paar 58	
Damen-Handschuh Prima Atlas	Paar 65	Herren-Handschuh Filetstoff, mit Druckverschl. Paar 60	
Damen-Handschuh Majestic, Prima Atlas, mit schwächerer Garnanhaft.	Paar 90	Herren-Handschuh poröser Stoff, mit Druckverschl. Paar 1.20	

Lange Damen-Fingerhandschuhe

Atlaszwirn Renn-Weißseide, coulourz	8 Knopf lang Paar 65	Jacquard durchbrochen, coulourz und schwarz	8 Knopf lang Paar 80
Silk-Flor Renn-Weißseide, coulourz u. schwarz	8 Knopf lang Paar 70	Reinseidene Handschuhe weiß und schwarz, 12 Knopf lang	Paar 95

Glacéleder-Handschuh

Damen-Glacés glatt und weiß	Paar 1.75 1.50 95	Herren-Glacés coulourz, schwarz und weiß	Paar 2.25 1.85 1.40 1.25
Couleurte Damen-Glacés 2 Drud	Paar 1.25	Couleurte Lammleder-Glacés	Paar 1.75
Couleurte Lammleder-Glacés 2 Drud	Paar 1.75	Couleurte Herren-Stepper 2 Drud	Paar 2.95
Couleurte Damen-Juchten 2 Drud	Paar 2.90	Couleurte Herren-Chevrenus 2 Drud	Paar 3.75

3 Serien Damen-Strümpfe

Flor-Musselin-Damenstrümpfe englisch lang, färbart, leder, grau-beige	Jedes Paar 75
Flor-durchbrochen-Damenstrümpfe englisch lang, färbart, leder, grau-beige	
Flor-Damenstrümpfe mit ägypt. Garnz. englisch lang, färbart, leder, weiß	
Louisiana glatt und dünn gewebt englisch lang, Fuß ohne Stiel, färbart und leder	

75

Glatte gewebte Damenstrümpfe englisch lang, färbart und leder	Jedes Paar 20
Durchbroch. Damenstrümpfe englisch lang, färbart und leder	
Gestrickte Damenstrümpfe englisch lang, färbart	

30

Prima Makko-Damenstrümpfe glatt, mit gefülltem Seidenzettel	Jedes Paar 45
Prima Makko-Damenstrümpfe glatt, mit weißem Langstreifen	
Prima Flor-Damenstrümpfe glatt gewebt, Fuß ohne Röhr, schwarz und leder	
Prima Flor-Damenstrümpfe glatt, ganz durchbrochen, neue Deffens	

110

Baumwollene Kinderstrümpfe	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 54 50 46 42 38 34 30 25 20

Makko-Kinderstrümpfe	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 95 87 81 75 69 63 57 51 45

Kindersöckchen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 75 bis 15

Herren-Schweiz- oder Touristen-Socken	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 75 bis 10

Bunte Herren-Socken	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 95 bis 30

Herren-Socken	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 75 bis 25

Preiswerte Trikotagen

Damen-Trikotagen

Directoire-Hosen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 75
Directoire-Hosen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 90
Directoire-Hosen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 1.45
Directoire-Hosen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 2.25
Directoire-Hosen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 2.95
Directoire-Hosen	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 3.75
Reform-Reinkleider	Größe 9 8 7 6 5 4 3 2 1
	Paar 3.25

Filet-Jacken, Herren- u. Damen-Jacken sowie poröse Herren-Hosen u.-Hemden

Herren-Hemden	Größe 4 5 6
	1.00 1.10 1.20
Herren-Hemden	Größe 4 5 6
	1.65 1.75 1.85
Herren-Hemden	Größe 4 5 6
	2.25 2.40 2.55
Herren-Hemden	Größe 4 5 6
	2.75 3.00 3.25

Herren-Hosen	Größe 4 5 6
	0.90 1.00 1.10
Herren-Hosen	Größe 4 5 6
	1.55 1.65 1.75
Herren-Hosen	Größe 4 5 6
	1.85 2.00 2.15
Herren-Hosen	Größe 4 5 6
	2.25 2.45 2.65

Herren-Einsatzhemden

Einsatzhemden	Größe 4 5 6
	1.35 1.50 1.65

Einsatzhemden	Größe 4 5 6
	2.60 2.80 3.00

Einsatzhemden	Größe 4 5 6
	2.10 2.25 2.40

Einsatzhemden	Größe 4 5 6
	2.75 2.95 3.15

Kombinationen (und Joz)

Reform-Reinkleider	Größe 4 5 6
	2.10 1.75 1.25
Reform-Reinkleider	Größe 4 5 6
	95

Reform-Reinkleider	Größe 4 5 6

<tbl_r cells="2" ix="2" maxcspan="1" maxrspan="1

